



Policy Paper

der Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung



Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Förderung der Wahlbeteiligung von Bürger*innen mit Migrationsgeschichte

von Yunus Ulusoy, Dirk Halm und Gamze Cavlaklı



1. Wahlbeteiligung von Eingewanderten als wichtiger Beitrag zur Demokratiefestigung

Die Parteiendemokratie steht angesichts der Pluralisierung politischer Beteiligungs- und Protestformen und multipler gesellschaftlicher Krisen vor beträchtlichen Herausforderungen (vgl. Nassehi 2020; Jakobs/Schwab 2023). Als Krisensymptom wird dabei regelmäßig die Wahlbeteiligung gesehen, die in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland tatsächlich tendenziell rückläufig ist, sowohl bei Kommunal- als auch bei Europa-, Landtags- und Bundestagswahlen (vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2015). Geht es um Maßnahmen zur Erhöhung der elektoralen Partizipation, so bietet es sich an, ein Segment der Bevölkerung besonders in den Blick zu nehmen: Die Wahlbeteiligung von Deut-

schen mit Einwanderungsgeschichte war z.B. bei der Bundestagswahl 2017 um rund 20 % geringer als die Wahlbeteiligung derjenigen ohne Einwanderungsgeschichte (65 % zu 86 %). In der großen Gruppe der Deutschtürk*innen war die elektorale Partizipation mit 56 % nochmals niedriger (SVR 2020, S. 30). Dabei erklären sich die Unterschiede zwar zum Teil aus migrationsunspezifischen Voraussetzungen wie dem Bildungsniveau in den verglichenen Gruppen, aber auch aus migrationspezifischen Bedingungen wie der Aufenthaltsdauer, neben anderen Faktoren (vgl. S. 30–31). So oder so bedarf die Gruppe der Eingewanderten und ihrer Nachkommen besonderer Aufmerksamkeit, da fehlende elektorale Partizipation ein gesellschaftliches Integrationsproblem per se ist und zugleich die vorhandene strukturelle Benachteiligung verfestigen kann. Bei der Bundestagswahl 2021 waren 13 % der Wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger mit Migrationsgeschichte.

Die elektorale politische Beteiligung steht in deutlich positivem Zusammenhang mit nicht-elektoralen Partizipationsformen (vgl. SVR 2020, S. 5), hängt aber auch von den Angeboten und der Kommunikation der deutschen Parteien, Mandatsträger*innen und Kandidat*innen ab (S. 99).

2. Projekt „Wissenschaftstransfer zur Unterstützung der Wahlbeteiligung Deutscher mit türkischer Einwanderungsgeschichte“

Das ZfTI hat sich in Kooperation mit dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen (Prof. Dr. Achim Goerres), gefördert durch die Landeszentrale für politische Bildung NRW, in den Jahren 2022 und 2023 zur Aufgabe gemacht, am Beispiel der Türkeistämmigen die politischen Akteur*innen in NRW für die Bedarfe dieser Zielgruppe zu sensibilisieren und einen Transfer aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse zu leisten, indem der Stand der Forschung zur Wahlbeteiligung und zu den politischen Interessen von Türkeistämmigen vermittelt wird und Wege der Ansprache und die Netzwerkstrukturen der organisierten türkeibezogenen Zivilgesellschaft aufgezeigt werden.

Das Projekt verfolgte einen partizipativen Ansatz, indem nicht nur wissenschaftliche Befunde vermittelt wurden, sondern von vornherein ein Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis stattfand. Informationeller Kern war eine im Rahmen des Projekts beauftragte Expertise (siehe Goerres et al. 2022), die aus Sicht der empirischen Forschung sinnvolle Maßnahmen zur Förderung der Wahlbeteiligung aufzeigt. Die Empfehlungen dieser Expertise wurden mit Praktiker*innen diskutiert und später in Workshops und Gesprächen mit den Zielgruppen politische Mandatsträger*innen, Funktionsträger*innen in Parteien und Vertreter*innen der türkeibezogenen Zivilgesellschaft und der politischen Bildung weiterentwickelt. Zugleich war das Ziel dieser Workshops und Gespräche

die Vermittlung der durch das Projekt erarbeiteten Empfehlungen in die Praxis. Vor diesem Hintergrund unterstützte das ZfTI auch interessierte politische Akteur*innen bei der Knüpfung von Kontakten zur türkischen Zivilgesellschaft und bei der politischen Kommunikation. Das vorliegende Policy Paper diskutiert die Ergebnisse dieses Prozesses, gegliedert nach den unterschiedlichen Projektzielgruppen, und beinhaltet damit praxisrelevante Hinweise, wie Akteur*innen zur Erhöhung der Wahlbeteiligung Eingewanderter beitragen können, insbesondere hinsichtlich der Türkeistämmigen.

3. Expertise zur Wahlbeteiligung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte

Die im Rahmen des Projekts verfasste Expertise von Goerres et al. (2022, S. 7) argumentiert, in Rückgriff auf Brady et al. (1995), dass ausbleibende Wahlteilnahme grundsätzlich mit fehlenden (persönlichen) Ressourcen, fehlender Motivation und fehlender Mobilisierung erklärt werden kann, wobei dieses allgemeine Modell in der Expertise um migrationspezifische Aspekte erweitert wird.

Die Autor*innen rekurrieren, neben dem internationalen Forschungsstand, auf Daten der von ihnen durchgeführten Immigrant Election Studies I + II.

Sie leisten damit eine empiriebasierte Einschätzung der Erfolgsaussichten unterschiedlicher Maßnahmen zur Erhöhung der Wahlbeteiligung von Eingewanderten, wobei sich u.a. zeigt, dass zumindest bei Bundestagswahlen Kandidat*innen der eigenen Herkunftsgruppe die Wahlbeteiligung nicht nachweisbar fördern. Es wird u.a. empfohlen, Erstwähler*innen anzusprechen und zu motivieren, um die Herausbildung von Wahlgewohnheiten zu unterstützen. Bezüglich einiger Maßnahmen ist die Forschungslage demgegenüber unzureichend, so mehrsprachiger Kontaktmaterialien oder der Vereinfachung der Briefwahl (vgl. Goerres et al. 2020, S. 5).

Die „Immigrant German Election Studies“ (IMGES)

Die Studien wurden federführend durch Prof. Dr. Achim Goerres am Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen sowohl hinsichtlich der Bundestagswahl 2017 (IMGES I) als auch der Bundestagswahl 2021 (IMGES II, mit PD Dr. Sabrina Jasmin Mayer als weitere Projektleiterin) durchgeführt. Gegenstand von IMGES I waren Deutsche mit türkischer Migrationsgeschichte und aus der ehemaligen Sowjetunion, wobei die Befragung die repräsentative Analyse der wichtigsten Motive des Wahlverhaltens der befragten Gruppen ermöglicht. Dabei ist insbesondere auch der transnationale Raum berücksichtigt, also der Zusammenhang von auf Deutschland und auf das Herkunftsland bezogenen politischen Einstellungen. IMGES II behandelte 2021 die Wahlmotive derselben Gruppen im Rahmen einer Panelbefragung in Duisburg, womit erstmalig auch Aussagen über die Wirkung des Wahlkampfes auf das Wahlverhalten möglich werden.

www.uni-due.de/migrantenwahlstudie/
www.achimgoerres.de/imges

Empirische Befunde zu Maßnahmen zur Erhöhung der Wahlbeteiligung Eingewanderter

Null-Faktoren, für deren Wirken es keine Evidenz zur Erhöhung der Wahlbeteiligung gibt

- Kandidat*innen mit dem gleichen Migrationshintergrund

Positiv-Faktoren

- Wahlrecht für nicht-deutsche Ausländer*innen
- Unterstützung bei der Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit
- Unterstützung der Erstwähler*innen
- Politische Bildung als Ersatz für häusliche Mobilisierung
- Mobilisierung durch Organisationen, die keine Parteien sind

Noch zu untersuchende Faktoren

- Ansprache von Wähler*innen über ihren Migrationshintergrund unter Einsatz weiterer Sprachen und symbolischer Instrumente
- Mehr und andere Informationen zur Beantragung und Ausfüllung der Briefwahlunterlagen
- Bessere Optik der Wahlanschriften und Infobriefe
- Unterstützung zur korrekten Registrierung beim Einwohnermeldeamt und in den Wahlverzeichnissen

Quelle: Goerres et al. (2022, S. 11)

In der ersten Diskussion der Expertise mit Praktiker*innen¹ wurden die Ergebnisse generell bestätigt, aber auch Differenzierungen vorgenommen und zusätzliche Aspekte eingeführt. Der Befund, dass die Aufstellung von Kandidat*innen mit Einwanderungsgeschichte bei Bundestagswahlen die Wahlbeteiligung nicht fördert, wird damit erklärt, dass diese hier weniger als Vertreter*innen der Interessen bestimmter Herkunftsgruppen wahrgenommen werden, schon deshalb, weil sie programmatisch breit aufgestellt sein und den Eindruck von „Klientelpolitik“ vermeiden müssen. Dies mag aber gerade bei Kommunalwahlen, wo die Integration vor Ort ein zentrales politisches Thema ist und der Anteil von Wahlberechtigten mit Migrationsgeschichte hoch sein kann, anders sein. Hier werden Effekte von Kandidat*innen mit Einwanderungsgeschichte auf die Wahlbeteiligung für wahrscheinlich gehalten. In der Diskussion zeigte sich dabei auch, dass die Frage des Effektes der Kandidat*innen mit Migrationsgeschichte mit einem grundsätzlichen Dilemma im Zusammenhang steht: Eingewanderte haben nicht selten transna-

tionale politische Orientierungen und vertreten zugleich mit Blick auf das Herkunftsland sehr unterschiedliche politische Einstellungen, die gleichzeitig für die Wähler*innenschaft insgesamt nicht von Belang sind (oder deren Adressierung sogar zu Irritationen führt). Gerade jenseits der kommunalen Ebene ist die Berücksichtigung politischer Interessen bestimmter eingewanderter Gruppen damit ein komplizierter Trade-Off. Auch wurde in der Diskussion darauf hingewiesen, dass bei der Ansprache von Wähler*innen besonderes Augenmerk auf von den jeweiligen Zielgruppen genutzte Medien gelegt werden sollte und die Mobilisierung durch Organisationen jenseits der Parteien auch den Wahlvorgang selbst einschließen kann, etwa durch die Einrichtung von Wahllokalen in den Räumlichkeiten von Migrantenorganisationen. Über anlassbezogene Informations- und Ansprachestrategien in Wahlkämpfen hinaus sollte auch die Dimension der strukturellen Präsenz der Parteien und Mandatsträger*innen in migrationsgeprägten Stadtteilen im Blick bleiben: etwa in Form von Ge-

schäftsstellen, aber auch der Etablierung langfristiger Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen und der Berücksichtigung ihrer politischen Interessen in der Kommunalpolitik, auch jenseits der Repräsentation dieser Interessen durch den Integrationsrat.

4. Maßnahmen für Community-Multiplikator*innen²

Die oben dargestellten Vorarbeiten legten nahe, dass diese Projektzielgruppe, insbesondere als Vertreter*innen von Organisationen, hauptsächlich in zweierlei Hinsicht an der Erhöhung der Wahlbeteiligung ihrer Klientel mitwirken kann: als Kooperationspartner*innen von Kampagnen und Informationsvermittlung (indem in den Organisationen Veranstaltungen mit Kandidat*innen o.Ä. durchgeführt werden, Informationsmaterial verteilt wird usw.) oder als Unterstützer*innen der Wahlteilnahme an sich, indem Räumlichkeiten von Migrantenorganisationen als Wahllokale zur Verfügung gestellt werden, über die Möglichkeit der Briefwahl und das Wahlverfahren informiert wird u.Ä.³

In der Diskussion wurde deutlich, dass bei **Informationsvermittlung und Kampagnen** Kooperationen zwischen Kandidat*innen und Migrantenorganisationen einschließlich Moscheegemeinden inzwischen durchaus verbreitet sind, eine Aktivierung der Klientel aber umso besser gelingt, je langfristiger und regelmäßiger solche Kooperationen angelegt sind. Nur punktuelle Aktivitäten in Wahlkämpfen stoßen auf wenig Resonanz, wobei noch hinzukommt, dass Glaubwürdigkeitsprobleme bestehen können, wenn Migrantenorganisationen als Foren in Wahlkämpfen genutzt werden, darüber hinaus aber (gerade in der Kommunal-, aber auch in der Landes- und Bundespolitik) in der Wahrnehmung ihrer Klientel nur wenig Beachtung finden. Es geht hier also auch um eine (längerfristige) Vertrauensbildung. Es wird aber auch darauf hingewiesen, dass Migrantenorganisationen mehr als bloße Plattformen für Informationen sein können, indem Materialien und Veranstaltungen durch sie aktiv mitgestaltet werden, um migrationsbezogen

Themen und Interessen zu adressieren und damit die Relevanz der Veranstaltungen zu erhöhen. Ggf. bedarf es hierzu der (auch längerfristigen) Kooperation mehrerer Organisationen, auch, um den Impact von Maßnahmen zu erhöhen, sowohl aus der Sicht von Parteien und Kandidat*innen als auch von Wähler*innen. Gleichzeitig kann es aber auch sinnvoll sein, Veranstaltungen terminlich an regelmäßige Aktivitäten der Organisationen anzuknüpfen, um so Zugangshürden zu minimieren. Hier gilt es, schon bei Angeboten für Kinder und Jugendliche zu beginnen.

Hinsichtlich der **Maßnahmen zur Unterstützung der Wahlteilnahme** regten die Multiplikator*innen an, zwar einerseits ganz unmittelbar Zugangshürden dadurch zu senken, dass in Kooperation mit den Wahlämtern versucht wird, zentrale, auch für Eingewanderte gewohnte Orte zu Wahllokalen zu machen und auch Organisationsmitglieder als Wahlhelfer*innen zu gewinnen, aber auch mit eigens zugeschnittenen politischen Bildungsprogrammen Engagierte der Organisationen für die Werbung um Wahlbeteiligung fit zu machen – womit die Vermittlung des Wahlvorgangs einschließlich praktischer Fragen der Briefwahl ebenso gemeint ist wie die Vermittlung von Grundlagen des politischen Systems und des Wahlrechts. Das so erworbene Wissen kann in einem Beratungsprozess in den Organisationen zum Tragen kommen. Über Neue Medien, insbesondere (bestehende) WhatsApp-Gruppen, können kurz vor der Wahl oder am Wahltag Erinnerungen versendet werden.

5. Maßnahmen für Kandidat*innen und Mandatsträger*innen⁴

Anknüpfend an die Empfehlungen aus Expertise, Expert*innen- und Multiplikator*innen-Workshop diskutierte die Gruppe mit den Schwerpunkten Ansprachemethoden sowie politische Inhalte darüber, wie die Wähler*innen mit Einwanderungsgeschichte mobilisiert werden können. Ein dritter Schwerpunkt lag auf der Rolle von Kandidat*innen/Mandatsträger*innen mit Einwanderungsgeschichte im politischen Wettbewerb.

Die Teilnehmenden wiesen bezüglich **der Rolle von Kandidat*innen/Mandatsträger*innen** mit Migrationsgeschichte darauf hin, dass nicht nur ihr unmittelbares Potenzial für die Aktivierung von Wahlberechtigten von Bedeutung ist. Vielmehr können migrationsbezogenes Wissen und Kompetenzen an andere Kandidierende und innerhalb der Parteien weitergegeben werden, und dieses Wissen sollte auch aktiv nachgefragt werden.

Hinsichtlich der **Ansprachemethoden** nehmen die Kandidat*innen mit Migrationsgeschichte (die den Workshop dominierten) herkunftssprachliche Medien sowie Migrantenorganisationen in Anspruch (darunter nicht selten Moscheegemeinden), bei Kandidat*innen ohne Migrationsbezug wird vermutet, dass dies in geringerem Umfang der Fall ist, aber grundsätzlich stattfindet, zumal im stark migrationsgeprägten NRW. Allerdings wird auch empfunden, dass die Organisationen nicht immer die optimalen Foren für die Ansprache von Wähler*innen sind, etwa, wenn politische Ideologien verfolgt werden oder aber rein herkunftslandbezogene Fragestellungen die Debatten in den Organisationen dominieren. Hier wird mitunter ein größeres Engagement für politische Belange vor Ort gewünscht.

Die Teilnehmenden ergänzen einen Aspekt bezüglich der Mehrsprachigkeit von Kontaktmaterialien: Hier ist zu beachten, dass es nicht nur um die reine Informationsvermittlung geht, die einen Effekt auf die Wahlteilnahme hat, sondern primär um eine emotionale Wirkung. Auch wer deutschsprachige Materialien zu rezipieren in der Lage ist, erfährt Akzeptanz und Wertschätzung seiner Identität, wenn er mehrsprachig bzw. in der Herkunftssprache adressiert wird, was motivierend wirkt.

Wichtige **politische Inhalte**, die Wahlberechtigte zur Wahlteilnahme motivieren, sind die Themen Gleichstellung und Antidiskriminierung, die Wählerin*innen mit Migrationsgeschichte herkunftsübergreifend betreffen. Parteiübergreifend sollten Kandidat*innen, die Sensibilität für diese Probleme signalisieren, Menschen zur Wahlteilnahme bewegen können.

6. Maßnahmen für Parteien⁵

In den zwei Workshops, die den Gesprächen mit den Parteien vorausgegangen waren, ergaben sich zahlreiche Wünsche und Empfehlungen an die Parteien, die oft über die ursprüngliche Expertise von Goeres et al. (2022) sowie den daran anschließenden Expert*innenworkshop hinausgingen und durch das ZfTI in die Gespräche eingebracht wurden.

Was inhaltlich-strategisch im Expert*innenworkshop zur Expertise als Trade-Off herausgearbeitet worden war (die potenzielle Unmöglichkeit, bestimmte Zielgruppen zu erreichen, ohne andere zu vernachlässigen), wurde seitens der Parteien leicht anders als Ressourcenproblem konnotiert: Viele naheliegende und auch bekannte Maßnahmen wie die Präsenz in migrationsgeprägten Vierteln bzw. eine weitere interkulturelle Öffnung der (professionellen) Parteistrukturen stehen schlicht unter einem Finanzierungsvorbehalt, wobei die (insbesondere personelle) interkulturelle Öffnung sich graduell zwischen den Parteien unterscheidet, nicht zuletzt in Abhängigkeit davon, welchen Stellenwert und Umfang Migrations-, Integrations- und Diversitätsthemen historisch in der Entwicklung der Parteiprogramme hatten. Keine der vier in das Projekt einbezogenen Landesparteien hat aber bisher auf Maßnahmen zur Gewinnung von Wähler*innen und Mitgliedern mit Migrationsgeschichte verzichtet, und in allen Parteizentralen wird über das Thema nachgedacht. Antirassismus und Respekt für Diversität sind die Themen, die herkunftsübergreifend für Wähler*innen mit Einwanderungsgeschichte von Belang sind, und diese werden von den Parteien in unterschiedlicher Intensität aufgegriffen, durchaus in dem Bewusstsein, damit Wähler*innen mobilisieren zu können. Eine religiös-konservative Klientel innerhalb der türkeistämmigen Gruppe scheint indessen für alle im Rahmen des Projekts kontaktierten Parteien schwer zu erreichen zu sein.

Weitere Schwerpunkte der Gespräche waren einerseits Strategien der weiteren interkulturellen Öffnung der Parteien und andererseits die Suche nach geeigneten Kooperationspartner*innen für Maßnahmen

und Kampagnen. In jedem Fall sehen die Parteien die Nachwuchsgewinnung sowie Jung- und Erstwähler*innen im Zentrum aktueller und zukünftiger Bemühungen.

Für die **Nachwuchsgewinnung** kommen teilweise schon etablierte Patenschaftsprogramme in Frage, durch die speziell in der Lokalpolitik junge politisch Engagierte durch erfahrene Politiker*innen begleitet und motiviert werden können. Zugleich gilt es, innerhalb der Parteistrukturen bereits vorhandene formelle und informelle Netzwerke von Mitgliedern mit Migrationsgeschichte zu identifizieren und bestmöglich in Entscheidungen einzubinden und zu repräsentieren. Der Arbeit der Integrationsräte bzw. der Tätigkeit von Parteimitgliedern in diesen Räten gilt es zudem gesteigerte Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, da hier oft erstmalig politisches Engagement von Eingewanderten stattfindet, das an die Parteien gebunden werden sollte. Die vermehrte Entstehung migrantischer Listen bei Kommunalwahlen belegt, dass hier ein wichtiges Handlungsfeld für die Parteien liegt. Auch hier gibt es schon Aktivitäten, auch dahingehend, systematisch in den programmatischen Austausch mit Integrationsratsmitgliedern der eigenen Partei zu treten (Beispiel: Was sind christdemokratische, liberale, sozialdemokratische oder grüne Positionen in der Integrationsratsarbeit?).

Die Gesprächspartner*innen beurteilen ihre bisherigen Erfahrungen bei der **Zusammenarbeit mit Migrant*innenorganisationen** graduell unterschiedlich. So spielt eine Rolle, dass die Affinität bestimmter migrantischer Wähler*innengruppen zu einer Partei das Spektrum für Kooperationen begrenzt (durchaus sinnvollerweise, weil die Kooperation mit politisch-weltanschaulich völlig konträren Organisationen wenig zielführend wäre). Zum Teil besteht auch der Eindruck, dass der Kontakt zu Migrant*innenorganisationen zwar nützlich ist, um Multiplikator*innen zu erreichen und für gemeinsame Vorhaben zu gewinnen, eine wirkliche Institutionalisierung von Zusammenarbeit aber schnell an Grenzen stößt, weil Zielsetzungen und Arbeitsweisen sich zu stark unterscheiden. Auch können Parteien im Falle einer engen Kooperation mit Migrant*innenorganisationen politische

Nachteile befürchten, für den Fall, dass Organisationen unabsehbar in die öffentliche Kritik geraten.

7. Maßnahmen für die politische Bildung

Bereits unter den von Goerres et al. (2022) genannten relevanten Faktoren für die Wahlbeteiligung waren einige, auf die auch die politische Bildung Einfluss nehmen kann. In den Workshops und Gesprächen kamen weitere Überlegungen hinzu. Diese können dahingehend strukturiert werden, ob sie die Wahlbeteiligung (auch) von Eingewanderten und ihren Nachkommen direkt oder indirekt erhöhen.⁶

Zu den direkten Unterstützungsmaßnahmen zählen:

- Informationen und Veranstaltungen für Erstwähler*innen mit besonderem Fokus auf Jugendliche mit Einwanderungsgeschichte, in Schulen, ggf. auch sozialraumorientiert oder unter Nutzung einschlägiger Medien, Sprachen und Symbolik
- Niedrigschwellige Informationsangebote zur Briefwahl
- Differenzierte Weiterentwicklung politischer Bildungsangebote unter Berücksichtigung stark unterschiedlich ausgeprägter politischer Assimilation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte und unterschiedlich stark ausgeprägter grenzüberschreitender politischer Orientierungen

Indirekte Unterstützungsmaßnahmen sind:

- Förderung der Einbürgerung durch Informationen und Veranstaltungen
- Ggf. sozialraumorientierte und niedrigschwellige Informationsangebote zum politischen System; Intensivierung der Kooperation mit Moscheen und Cem-Häusern als Bildungsstätten⁷

8. Fazit

Grundlage des Vorhabens war die Expertise von Goeres et al. (2022), die herausarbeitet, inwiefern bestimmte Maßnahmen wissenschaftlich belegbar zur Erhöhung der Wahlbeteiligung beitragen. Hierauf aufbauend hat das Projekt solche Maßnahmen gemeinsam mit Praktiker*innen konkretisiert, aber auch Ansätze entwickelt, deren Effekt zwar plausibel, aber letztendlich offen ist. Sowohl diese Ansätze als auch die Konkretisierungen grundsätzlich wirksamer Interventionen sollten zukünftig wissenschaftlich geprüft werden.

Das Projekt konzentrierte sich auf die Gruppe der türkeistämmigen Wahlberechtigten, in der Erwartung, dass für die große Zahl der Bürger*innen mit familialer Einwanderungsgeschichte in Deutschland und NRW kaum generalisierende Aussagen zu treffen sind (und auch die Türkeistämmigen allein schon viel zu politisch, religiös und weltanschaulich heterogen für allgemeine Aussagen sind). Dennoch lassen sich einige allgemeine Aussagen treffen, etwa, dass herkunftssprachliche Kommunikation motiviert (weniger aufgrund fehlender Deutschkenntnisse der Wähler*innen, sondern vielmehr als Zeichen der Anerkennung gesellschaftlicher Diversität und individuell empfundener Akzeptanz), dass Rassismus- und Diskriminierungssensibilität die Gewinnung von Wähler*innen unterstützt und dass transnationale politische Orientierungen als legitim verstanden und bestenfalls auch konstruktiv adressiert werden sollten. Die Parteien in NRW berücksichtigen diese Überlegungen bereits, allerdings ist eine maximale Orientierung an der Gewinnung von Wähler*innen mit Einwanderungsgeschichte nicht gleichbedeutend mit dem Gesamtwahlerfolg von Kandidat*innen und Parteien. Und selbst mit Blick auf unterschiedliche weltanschauliche Prägungen in der Gruppe der Wähler*innen mit Migrationsgeschichte gilt es mitunter abzuwägen, zugunsten oder zuungunsten welcher Subgruppe bestimmte politische Positionen bezogen werden.

Auch mit Blick auf unterschiedliche Wahlen gilt es zu differenzieren, wie am Beispiel eines möglichen positiven Effekts von Kandidat*innen mit Einwanderungsgeschichte auf die Wahlbeteiligung deutlich wird. Ist von einem solchen Effekt bei Bundestagswahlen nicht auszugehen, so ist er gerade bei Kommunalwahlen vermutlich vorhanden.

Dabei ist, nicht überraschend, eine Zusammenarbeit der unterschiedlichen im Projekt angesprochenen Akteur*innen für die Umsetzung vieler der vorgeschlagenen Maßnahmen notwendig.

Einige Verbesserungen gehen aber auch über den Adressatenkreis des Projekts hinaus. Zuvorderst sind das Staatsangehörigkeitsrecht und das Wahlalter (für die Herausbildung von Wahlgewohnheiten ist ein Wahlalter ab 16 möglicherweise unterstützend, ohne dass hierzu gesicherte Erkenntnisse vorliegen) natürlich von herausragender Bedeutung für die elektorale Partizipation, aber auch administrative und organisatorische Fragen der Wahldurchführung per Urne oder Brief, die Gestaltung diesbezüglicher Anschreiben usw. sind wichtige Stellschrauben für eine Erhöhung der Wahlbeteiligung Eingewanderter, bedürfen aber des Einbezugs kommunaler Stellen.⁸

Endnoten

- 1 Am 25.10.2022 mit türkeistämmigen Mandatsträger*innen und Multiplikator*innen im ZfTI.
- 2 Der entsprechende Workshop fand am 15.02.2023 mit rund 30 Teilnehmenden im ZfTI statt.
- 3 Über die zur Diskussion gestellten Empfehlungen hinaus wurden im Workshop auch weitere Anregungen gegeben, die sich an die anderen Projektzielgruppen richteten. Diese Überlegungen wurden dann im weiteren Projektverlauf berücksichtigt und mit diesen Zielgruppen diskutiert. Die Ergebnisse sind folgend in den entsprechenden Kapiteln zu diesen Zielgruppen dokumentiert. Gleichmaßen folgten auch aus dem Workshop mit Mandatsträger*innen und Kandidat*innen Empfehlungen für die anderen Zielgruppen.
- 4 Der entsprechende Workshop fand am 09.05.2023 mit 13 Teilnehmenden im ZfTI statt.
- 5 Hier wurden persönlich oder via Zoom Einzelgespräche mit leitenden Vertreter*innen der Landesparteien von CDU (05.09.2023, Düsseldorf), SPD (25.10.2023, Düsseldorf), Grünen (18.09.2023, Düsseldorf) und FDP (18.09.2023, via Zoom) geführt.
- 6 Die politische Bildung war keine direkte Adressatin des Projekts und die an sie gerichteten Vorschläge wurden im Rahmen der Workshops und Gespräche nicht intensiv diskutiert. Mögliche Maßnahmen, die im Projektverlauf genannt wurden, sind folgend aufgelistet.
- 7 Über die Hälfte der muslimischen einschließlich alevitischen Gemeinden in Deutschland machen Angebote im Bereich Gesellschaftskunde/Exkursionen (Sauer et al. 2023), woran politische Bildungsangebote anknüpfen können.
- 8 Nach §34a der Kommunalwahlordnung (KWahlO) obliegt die Einrichtung von Wahlräumen den Gemeinden. Wahlräume müssen sich nicht zwingend in öffentlichen Gebäuden befinden.

Literatur

- Brady, Henry E./Verba, Sidney/Schlozman, Kay L. 1995: Beyond SES. A resource model of political participation. In: American Political Science Review 89 (02), S. 271–294.
- Goerres, Achim/Mayer, Sabrina J./Elis, Jonas 2022: Die Wahlbeteiligung von Bürgerinnen und Bürgern mit familiärer Migrationsgeschichte – Möglichkeiten und Grenzen ihrer Förderung. Essen (ZfTI).
- Nassehi, Armin 2020: Das große Nein. Eigendynamik und Tragik des gesellschaftlichen Protests. Hamburg (kursbuch edition).
- Jakobs, Simon/Schwab, Vincenz 2023: Mitgliederwerbung in und für Parteien. Ein Einblick in Theorie und Praxis. Wiesbaden (VS).
- Sauer, Martina/Ünlü, Yüksel/Halm, Dirk 2023: Angebote und Infrastrukturen der muslimischen einschließlich alevitischen Gemeinden in Deutschland 2022. Baden-Baden (Nomos).
- SVR-Forschungsbereich 2020: Mitten im Spiel – oder nur an der Seitenlinie? Politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Berlin (SVR).
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2015: Sinkende Wahlbeteiligung in Deutschland. Ursachen und Lösungsvorschläge. Ausarbeitung WD 1 - 3000 - 008/15.
- ## Weiterführende Literatur
- Pokorny, Sabine 2016: Was uns prägt, was uns eint. Integration und Wahlverhalten von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund und von in Deutschland lebenden Ausländern. Berlin (SVR).
- Elis, Jonas/Goerres, Achim/Mayer, Sabrina J./Spies, Dennis C. 2023: Comparing the mobilising effects of in-person canvassing to postal reminders – experimental evidence from a longitudinal election study. In: International Journal of Social Research Methodology.

Autor*innen

Yunus Ulusoy/Dirk Halm/Gamze Cavlaklı

Impressum

Herausgeber

Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI) Altendorfer Str. 3, 45127 Essen zfti@zfti.de/www.zfti.de T: +49 201 3198-0 F: +49 201 3198-333

Zitationshinweis

Yunus Ulusoy/Dirk Halm/Gamze Cavlaklı: Förderung der Wahlbeteiligung von Bürger*innen mit Migrationsgeschichte. Ausgabe Nr. 11 der Policy Paper der Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung. Essen: ZfTI 2023.

Fotohinweis

roibu © Gettyimages

Die Policy Paper des ZfTI greifen aktuelle politische Debatten zu den Themen Migration, Einwandererintegration, Türkei und türkisch-europäische Beziehungen auf. Sie skizzieren knapp und orientiert auf die politische Praxis den jeweiligen wissenschaftlichen Kenntnisstand und leiten Schlussfolgerungen für politische Steuerungsaufgaben ab. Die ZfTI-Policy Paper erscheinen in unregelmäßiger Folge und sind über das ZfTI zu beziehen.

Das Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung ist eine Stiftung des Landes NRW und Institut an der Universität Duisburg-Essen.

ISSN 2698-4628 (Online)